



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 03. Juni 2008
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Claudia Spruch (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn : 17:05 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 21/08)

(Drucksachenband 128)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0027 Tagesordnung

Punkt 6 der Tagesordnung wird in der Behandlung vorgezogen.

Einstimmig

0028 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung am 22.04.2008 wird genehmigt.

Einstimmig

0029 08-F-01-0031

Erneuerung der Wahlurnen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14..04.2008 -

Herr Wolf (Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung) ist zu diesem Punkt anwesend. Er berichtet, dass die für die Anschaffung von neuen Wahlurnen benötigten Mittel i. H. v. 70.000 € im Budget seines Bereiches nicht veranschlagt sind.

Wahlurnen in der jetzt eingesetzten Größe waren nötig geworden, weil das Kumulieren und Panaschieren eingeführt wurde. Vorher waren Wahlurnen aus Metall im Einsatz, die allerdings auch schon sehr mitgenommen waren.

Standardwahlurnen konnten bei der Neuanschaffung nicht verwendet werden, weil diese nicht genügend Stimmzettel aufnehmen können.

Es wurde eine Arbeitsgruppe Wahlen gegründet, die die Verwendung der „Mülltonnen“ geklärt hat. Der Magistrat hat letztlich im Jahr 2000 entschieden, diese Tonnen einzusetzen.

Die Wiesbadener Tonnen sind eine Sonderanfertigung. Auch andere Gemeinden haben sich dieser Lösung angeschlossen.

Die Standard-Tonne hätte 180 € pro Stück gekostet. Die Wiesbadener Tonnen wurden über die ELW zu einem Stückpreis von 49 € beschafft. So konnten bereits bei der Anschaffung 30.000 € eingespart werden.

Vor dem Einsatz der Tonnen hat es verschiedene Pressetermine gegeben, z. B. beim Tag des Offenen Rathauses. OB Diehl hat die Tonne vorgestellt, auch der Hessische Rundfunk hatte über den Einsatz der Tonnen berichtet.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Juni 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Besonderer Vorteil der Tonnen sind die Stapelbarkeit und die Fahrbarkeit.

Die als Wahlurnen verwendeten Tonnen haben eine andere Farbe als die normalen Mülltonnen, sind mit Schlössern versehen und haben Aufkleber (z. B. Wahl-Logo) erhalten. Es gab immer wieder einmal Beschwerden, aber diese haben zugenommen. Vielleicht wird auch nach Gründen für die mangelnde Wahlbeteiligung gesucht.

Wenn jetzt wieder neue Tonnen angeschafft werden sollen, müssten zunächst aufwändige Ermittlungen angestellt werden. Für ca. die Hälfte der Wahllokale müssten Tonnen in doppelter Ausführung angeschafft werden. Man muss mit Kosten für ca. 300 Tonnen an 100 € rechnen.

Stv. Schickel berichtet zur Entstehungsgeschichte des Antrages, dass er als Wahlvorstand eingesetzt und mit den Anmerkungen der Bürger/innen konfrontiert war. In aufgelockerter Atmosphäre habe er seinerzeit mit OB Dr. Müller über die Tonnen gesprochen. Auch OB Dr. Müller empfindet die Kritik ähnlich. Die Idee war geboren, den Magistrat mit der Prüfung von Alternativangeboten zu beauftragen. Von Kosten war zunächst gar nicht die Rede. Wenn der Wunsch nicht realisierbar erscheint, sollte er auch nicht weiter verfolgt werden. Man muss die Dinge nicht ganz so hoch hängen.

Stv. Müller sieht im Moment keine aktuelle Notwendigkeit, etwas anderes anzuschaffen. Nach seinem Empfinden hängt auch die Wahlmüdigkeit nicht von solchen Äußerlichkeiten ab. Er könnte sich vorstellen, dass man vielleicht ein paar kleine Veränderungen am Äußeren der Tonne vornehmen könnte, um sie anders aussehen zu lassen, hält aber eine Neuanschaffung von 300 Tonnen im Moment für unnötig.

Der Antrag wird im Einverständnis mit der Antrag stellenden Fraktion in einen Prüfauftrag dahingehend umgewandelt, dass der Magistrat prüfen möge, ob eine Ähnlichkeit der Tonnen mit Mülltonnen vermieden werden kann bzw. ob die vorhandenen Tonnen z. B. durch die Änderung der Deckel ohne großen Aufwand und Kosten so verändert werden können, dass die Ähnlichkeit mit Mülltonnen nicht mehr so augenfällig ist.

Einstimmig

0030 08-F-25-0067

Alkoholmißbrauch von Jugendlichen in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.05.2008 -

Stv. Klüssendorf begründet den Antrag.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz ein totales Alkoholverbot am Platz der deutschen Einheit plant und fragt sich, ob das rechtlich stadtweit durchsetzbar ist. Es kommt fast der Prohibition gleich.

Stv. Coigné begrüßt den Antrag. Mit einem stadtweiten Alkoholverbot wie von Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz geplant, träfe man aber Erwachsene. Kontrolle sei nicht der

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Juni 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

richtige Weg. Sie kann sich vorstellen, mehr Streetworker einzusetzen. Man sollte die Verhältnismäßigkeit auch nicht außer Acht lassen, denn niemand würde das Weinfest verbieten.

Stv. Spallek versteht das Problem nicht, dass die anderen Fraktionen mit diesem Antrag haben. Es handele sich um einen Berichtsantrag - die weiteren Schritte sind ja noch gar nicht geplant. Der Magistrat sei außerdem selber bereits aktiv geworden. Dies habe man aus der Zeitung entnehmen können.

Man wolle aber nicht weiter über die Presse informiert werden - deshalb dieser Berichtsantrag.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass es nicht nur um Jugendliche gehen sollte. Gerade für das Westend sei eine Kombination gefordert aus sozialem Konzept und ordnungsrechtlichen Maßnahmen.

Stv. Klüssendorf stellt klar, dass es nicht ihre Aufgabe sei zu überlegen, was man konkret tun könne. Deshalb dieser Berichtsantrag an den Magistrat. Andere Städte seien erfolgreich im Kampf gegen den Alkoholmissbrauch. Sie interessiert, was in Wiesbaden geplant ist, wie man hier vorgehen wolle.

gegen LiLi

0031 08-F-01-0057

Betteln in der Innenstadt
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.05.2008 -

Stv. Schickel begründet den Antrag.

Er habe Signale aus der Innenstadt aufgenommen, dass es sich nicht um individuelles Betteln handele, sondern um organisierte Gruppen. Hier handele es sich um brutale Ausbeutung von Menschen.

Mit dem Antrag soll geklärt werden, ob es Erkenntnisse seitens des Magistrats gibt, wie man diese Vorkommnisse verhindern kann.

Stv. Spallek berichtet, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze.

Er möchte allerdings den Antrag dahingehend erweitern, dass auch über die Aktivitäten bzw. die Verhinderung von Einsätzen sog. Drückerbanden berichtet werden soll.

Stv. Coigné stellt klar, dass sich ihre Fraktion mit der Beratung des Antrages schwer tut. Die Ursache für das Betteln komme nicht heraus. Nach ihrer Auffassung sei ein großer Bericht nicht nötig.

gegen LiLi

0032 08-F-06-0030

Sachstand zum Jugendparlament für Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 28.05.2008 -

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Juni 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Coigné begründet den Antrag.

Zur Berichterstattung über den Sachstand ist Herr Dr. Heimlich (Leiter des Amtes der Stadtverordnetenversammlung) anwesend.

Der berichtet, dass die Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2007 den Beschluss zur Einrichtung eines Jugendparlamentes gefasst habe. Zunächst habe es Irritationen über die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung gegeben. Das Amt der Stadtverordnetenversammlung (16) sei dann federführend als betreuender Bereich für dieses Projekt eingesetzt worden. Man habe sofort eine Runde aller zuständigen Bereiche (Fraktionen, Stadtschülerrat usw.) einberufen. Die Inhalte zum Thema Jugendparlament wurden breit diskutiert. Alle Änderungswünsche wurden bei 16 gesammelt.

Am 11.04.2008 sollte der zweite Termin stattfinden. Dieser Termin wurde abgesagt, weil die interne Abstimmung der Fraktionen bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen war.

Nach den Sommerferien 2008 könnte möglicherweise das zweite der Gesprächsrunde einberufen werden.

Amt 16 und auch das Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung hätten schon Vorarbeiten geleistet.

Herr Dr. Heimlich ist bereit, in einer der nächsten Sitzungen über den Fortgang der Angelegenheit zu berichten.

Der Antrag hat durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0033 07-F-25-0048

Deutsch Vorlaufkurse und "Deutsch & PC"

- Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 25.04.2007 -

Einstimmig

0034 08-V-30-0002

Vorschlag für die Wahl einer Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IV.

Einstimmig

0035 Verschiedenes

Der Ausschuss wird eine der nächsten Sitzungen bei der WIF abhalten, sobald dies thematisch passt.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 03. Juni 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .08.2008

Vorsitzende

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spruch

Karipidou

Koba